



# **Einschätzung der Wahlprogramme zur Nationalratswahl 2024**

## Schwerpunkt 1: Mehr Wachstum braucht das Land

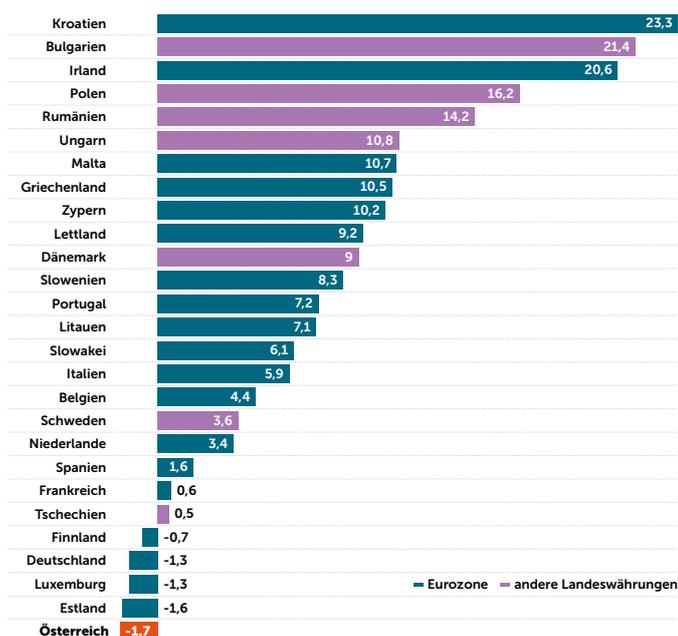


Wirtschaftswachstum ist in Österreich zu einem Fremdwort geworden. Nicht nur in der Statistik und in den Prognosen der Institute ist es inzwischen weitgehend der Stagnation gewichen. Auch in den Wahlprogrammen der Parteien kommt es kaum noch vor. Man sollte ja erwarten, dass ein Land, dessen reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) sich seit 2019 pro Kopf schlechter entwickelt hat als in jedem anderen Land der EU (vgl. Abbildung 1), sich mit Wachstumsfragen beschäftigen sollte.

Abb. 1: Reales BIP pro Kopf seit 2019

### Fünf verlorene Jahre

– Veränderung des realen BIP pro Kopf, 2019 bis 2024 in Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen, Europäische Kommission.  
Anmerkung: Prognose der Europäische Kommission für das Jahr 2024. Veränderung des realen BIP in Landeswährungen. Länder in Lila sind keine Mitglieder der Eurozone, daher kann es zu Wechselkurschwankungen kommen.



Doch statt Reformvorschläge zu unterbreiten, um den Wachstumsmotor wieder anzuwerfen, scheinen die Parteien alles andere wichtiger zu finden. Wir holen die Lupe hervor und suchen die wirtschaftspolitischen Vorschläge der Parteien:

### ÖVP: Gute Ideen – Aber warum nicht gleich so?

Die ÖVP versteht sich bekanntlich als Wirtschaftspartei. Nun sitzt sie aber schon seit 37 Jahren auf der Regierungsbank und hat vieles von dem, was den Standort derzeit belastet, mitzuverantworten. Immerhin ist ihr Wahlprogramm aber deutlich konkreter als das des politischen Mitbewerbs.

Die Lohnnebenkosten senken wollen zwar viele, aber die ÖVP macht es etwas konkreter und versieht die Entlastung mit einer Gegenfinanzierung; die zwar interessanterweise wiederum auf Wirtschaftswachstum basiert, aber immerhin. Auch weitere geplante Großprojekte der ÖVP würden aufhorchen lassen, wenn sich in diesem Land jemand für Wirtschaft interessieren würde. Das geplante „Standort-Fördergesetz“ basiert vor allem auf einer Körperschaftsteuersenkung und Steuergutschriften bei Ansiedlungen in Österreich. Was vielen Unternehmern gefallen dürfte, ist aber am Ende – ähnlich wie das Vorbild Bidenomics – ein protektionistisches Subventionsprogramm, das europarechtlich fragwürdig und mit bis zu zwei Milliarden Euro pro Jahr geradezu mickrig ist. Zudem ist die Senkung der KöSt die falsche Priorität, wenn man die exzessive Belastung des Faktors Arbeit und den grassierenden Fachkräftemangel betrachtet. Doch mit der angepeilten Senkung der Abgabenquote „in Richtung“ statt wie in früheren Wahlkämpfen „unter“ 40 Prozent backt die ÖVP nun kleinere Brötchen.

Neben vielen weiteren Bekenntnissen zu umfassenden steuerlichen und bürokratischen Entlastungen ist auch ein Dachfonds geplant, aus dem sich Start-Ups mit Wachstumskapital versorgen sollen. Dieser Punkt ist besonders wichtig und ist auch in unserem Plan A zu finden. Doch wie soll der Fonds gespeist werden? In einem Land, in dem die Menschen ihr Geld in die gesetzliche Pensionsversicherung stecken müssen, bleibt für den Kapitalmarkt nicht viel übrig.

### SPÖ: Verteilung statt Wachstum

Uff, die SPÖ! Sie setzt ja traditionell eher auf Verteilungs- als auf Wachstumsthemen. Wachstum nützt schließlich immer nur den Falschen. Seit Kreisky ist viel Wasser die Donau hinuntergeflossen. Doch der

wilde Text, den die SPÖ drei Wochen vor der Wahl nun doch noch zusammengebracht hat, lässt einem den Mund offenstehen.

Im Grunde lässt man Energieexperte Marc Hall das Thema Wachstum im SPÖ-Wahlprogramm abhandeln. Das Wachstum, meint er, müsse von der Klimawende kommen. Er lästert zwar über die Askese der Grünen, doch wo genau nun sein Wachstum herkommen soll, liest man nicht. Wahrscheinlich aus dem geplanten Transformationsfonds. Die dafür benötigten 20 Milliarden Euro sollen aus der Zweckwidmung der ÖBAG-Dividenden kommen. Aha, das reicht aber nicht annähernd und außerdem müssten die Dividenden dann ja von anderen Verwendungen abgezogen werden, wo das Geld dann fehlt. Von etwaigen Steuerentlastungen ist im Programm kaum die Rede. Im Gegenteil: Die geplante Millionärssteuer, die Anhebung der KöSt auf 25 Prozent, die Erhöhung der Bankenabgabe und die vielen kleinen und großen Eingriffe in Preise und Zinsen werden sogar Wachstum kosten. Die SPÖ begnügt sich damit, einen schrumpfenden Kuchen zu verteilen.

#### **FPÖ: Klientelpolitik ohne Wachstumsimpulse**

Die FPÖ möchte sich offenbar als neue wirtschaftsliberale Kraft präsentieren. Doch hinter Plattitüden wie „Leistung muss sich wieder lohnen“ lugt schnell wieder die alte FPÖ hervor.

Auch die Freiheitlichen wollen die Lohnnebenkosten senken und weitere steuerliche Entlastungen einführen. Außerdem wollen sie die Pflichtmitgliedschaft bei den Kammern abschaffen. Besonders wichtig scheint der FPÖ die Abschaffung der CO<sub>2</sub>-Steuer. Überhaupt legen sie auf Klimapolitik naturgemäß wenig wert. Steigen die Treibstoffpreise zu stark, sollen ein Preisdeckel und ein Aussetzen der Mineralölsteuer helfen. Die Pendlerpauschale soll erhöht werden. All das ist nett für das Klientel der FPÖ; die Wachstumsimpulse dürften aber äußerst bescheiden sein. Das gilt selbst für die geplante Unterstützung für Kleinunternehmen mit neuen Pauschalierungsmöglichkeiten und einer Reduktion der KöSt auf sagenhafte zehn Prozent für „Kleinst-GmbHs“. Und was machen all die Kleinunternehmer, die nicht körperschaft- sondern einkommensteuerpflichtig sind?

Abgerundet werden die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der FPÖ durch eine ordentliche Brise Nationalismus. Betriebe „in österreichischem Besitz, die in Österreich rot-weiß-rote Produkte erzeugen oder

verarbeiten“ sollen gefördert werden. Die FPÖ nennt das „Wirtschaftspatriotismus“. Dabei gibt es schon einen Begriff dafür: Protektionismus. Der Kapitalmarktunion wird eine deutliche Abfuhr erteilt. Freihandel kommt nicht einmal vor. Beim wichtigen Standortthema Digitalisierung zeigt sich die FPÖ skeptisch.

#### **Grüne: Degrowth-Programm mit schönerem Namen**

Auch die Grünen haben mit dem Thema Wirtschaftswachstum wenig Freude. Zu sehr denken sie dabei an die rauchenden Schloten. Das BIP als Wohlstandsmaß interessiert sie ausdrücklich nicht. Sie denken lieber schon an „beyond growth“.

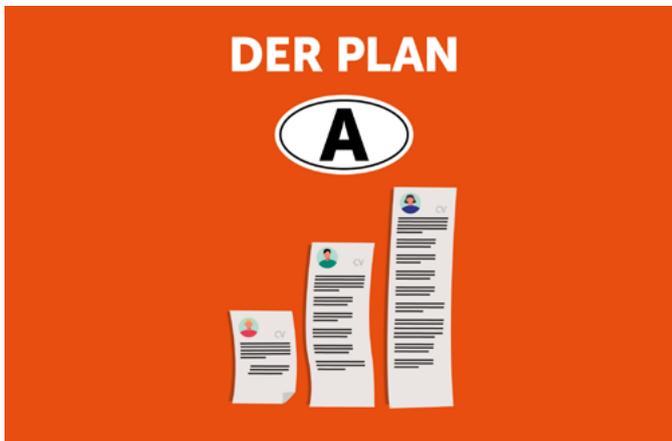
Aber konsistent ist das Wahlprogramm der Grünen allemal. Alle wirtschaftspolitischen Forderungen haben einen Klimabezug. Das ist nett, aber Wachstum bringt es keins. Die Gewinn-Investitionspflicht für Energieerzeuger nimmt sich angesichts der durchweg staatlichen Energieproduzenten etwas merkwürdig aus und wird die Investitionslust privater Akteure nicht unbedingt erhöhen. Protektionismus wird auch bei den Grünen großgeschrieben. Er kommt zwar nicht mit dem blauen Holzhammer daher; doch die Ansiedlungspolitik für Teile wichtiger Wertschöpfungsketten, die Transformationsförderung aus staatlichen Mitteln und der ausdrückliche Wunsch nach Gold-Plating beim EU-Lieferkettengesetz gehen klar in diese Richtung.

#### **NEOS: Liberale Ideen – wenig Details**

Nicht einmal die liberalen NEOS heben das Thema Wirtschaftswachstum besonders hervor. Ihr Programm enthält zwar eine ganze Reihe von begrüßenswerten Punkten; doch an den Details mangelt es oft.

Die Lohnnebenkosten zu senken und die Pflichtmitgliedschaft bei den Kammern abzuschaffen gehört zum Pflichtprogramm einer liberalen Partei. Die Gewerbeordnung neu zu schreiben und die Ladenöffnungszeiten zu liberalisieren ist nett. Nur wie? Die steuerliche Gleichbehandlung von Eigen- und Fremdkapital ist genauso eine gute Idee wie die digitale Unternehmensgründung innerhalb von 24 Stunden. Doch auch hier fehlt das wie. Immerhin sind die NEOS die einzige Partei, die wenigstens mit anderen demokratischen Staaten wieder Freihandelsabkommen abschließen wollen.

## Schwerpunkt 2: Wie wir den Arbeitsmarkt wieder ankurbeln

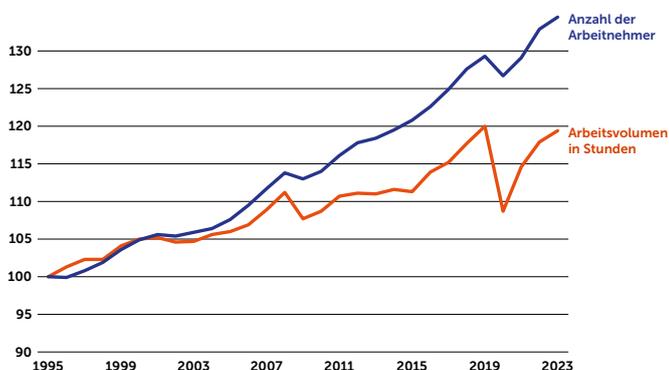


Die österreichische Wirtschaft kämpft zunehmend mit dem Personalmangel. Das trifft auf spezialisierte Fachkräfte zu, geht mittlerweile aber weit darüber hinaus. Rund 200.000 Stellen lassen sich derzeit nicht besetzen. Das liegt nicht nur an der demografischen Entwicklung in Österreich; die geburtenstarken Jahrgänge verlassen aufgrund des starren Pensionsantrittsalters den Arbeitsmarkt, während kleinere Kohorten nachrücken. Es liegt aber auch am Trend zur Teilzeitbeschäftigung, den wir seit vielen Jahren sehen und der seit Corona noch einmal präsenter wurde. Das Arbeitsvolumen entwickelt sich seit Jahren deutlich schwächer als die Anzahl der Arbeitnehmer (vgl. Abbildung 2).

Abb. 2: Arbeitszeitverkürzung

### Jahrelange Arbeitszeitverkürzung

– Index (1995 = 100)



Quelle: Eigene Berechnungen, Statistik Austria.  
Anmerkung: Arbeitsvolumen der unselbstständig beschäftigten Personen.



Dahinter steckt nicht nur die wiedergewonnene Liebe zur Freizeit, sondern vor allem eiskaltes Kalkül: Vollzeitarbeit lohnt sich schlichtweg kaum.

Der Arbeitsmarkt steht vor strukturellen Herausforderungen: Gerade den Zuwanderern fehlt es an den passenden Qualifikationen, um die freien Stellen zu besetzen. Hinzu kommt das hausgemachte Problem, dass wir lieber Menschen im Osten des Landes in Arbeitslosigkeit lassen, statt sie in den Westen in Arbeit zu vermitteln. So bleibt das Potenzial ungenutzt.

Für welche Lösungen die politischen Parteien im Wahlkampf eintreten, fassen wir hier zusammen:

### ÖVP: Ein Schritt vor, zwei Schritte zurück

Die ÖVP glänzt mit einer Vielzahl konkreter Vorschläge und geht dabei in vielen Bereichen einen Schritt in die richtige Richtung, macht dann aber oft wieder zwei Schritte zurück.

So ist es zum Beispiel richtig, ältere Menschen im Arbeitsmarkt zu halten. Die ÖVP will die Abgaben für jene reduzieren, die nach dem Pensionsantrittsalter weiterarbeiten. Allerdings wehrt sie sich gegen eine Anhebung des Pensionsantrittsalters. Richtig und wichtig wäre es auch, die Vollzeitbeschäftigung finanziell wieder attraktiver zu machen. Einem Vollzeitbonus stellt sie allerdings eine Senkung des Eingangssteuersatzes entgegen, der wiederum Teilzeitbeschäftigung attraktiver macht. Statt sich auf die Entlastung der Überstunden zu stürzen, wäre es besser, Vollzeitbeschäftigte im Steuersystem zu entlasten. Positiv zu bewerten sind das degressive Arbeitslosengeld und die Abschaffung der geringfügigen Beschäftigung, die sich als Inaktivitätsfalle entpuppt hat. Allerdings bräuchte es auch mehr Anstrengung der überregionalen Vermittlung von Arbeitslosen. Die vereinfachten Qualifikationsanerkennungen für ausländische Arbeitskräfte sind ebenfalls gut; damit wird es leichter, den Arbeitskräftemangel auch über qualifizierte Zuwanderung zu senken.

### SPÖ: Teils löblich, aber realitätsfremd

Während die Konservativen sich beim Arbeitsmarkt darauf konzentrieren, den Mangel an Arbeitskräften für die Wirtschaft zu reduzieren, hat die SPÖ wenig überraschend die Stärkung der Arbeitnehmer im Fokus.

Sie schlägt ein Recht für Teilzeitbeschäftigte vor, ihre Stunden auszuweiten. Die Möglichkeit, vorübergehend bis zu 12 Stunden am Tag und 60 Stunden in

der Woche zu arbeiten, soll wieder abgeschafft werden; All-in-Verträge nur mehr für Gutverdiener oberhalb der Höchstbeitragsgrundlage möglich sein. Sie will eine öffentliche Beschäftigungsgarantie und eine Reihe von Sozialleistungen (wie das Arbeitslosengeld) erhöhen und an die Inflation anpassen. Das Herzstück (und wohl weniger der Hirn-Teil im Programm) ist das Pilotprojekt zur Arbeitszeitverkürzung.

Die Absicht, qualifizierte Zuwanderung über die einfachere Anerkennung von Abschlüssen zu erleichtern, ist aber löblich. Auch beim Zwischenparken von Saisonbeschäftigten in der Arbeitslosenversicherung hat die SPÖ einen validen Punkt. Die Absicht, dem Arbeitsmarktservice Vorschriften zu machen, wohin Arbeitskräfte vermittelt werden sollen, ist hingegen problematisch. So sollen nur Jobs vermittelt werden, die der gewerkschaftlichen Forderung des Mindestlohns entsprechen. Überregionale Vermittlung soll weiter beschränkt, Zumutbarkeitsregeln und Sanktionen gelockert werden. Damit verweigert sich die Partei ein Stück weit der Realität im Land.

#### **FPÖ: Angst vor Pensionisten, unkonkrete Pläne**

Obwohl die FPÖ eine Entlastung des Faktors Arbeit fordert, bleibt sie bei der Umsetzung ihrer Pläne vage.

Leistung soll sich lohnen und die Lohnnebenkosten sinken. Zuverdienste der Pensionisten sowie Mitarbeiterprämien sollen steuerlich entlastet und die kalte Progression vollständig abgeschafft werden. Konkret ausgeführt wird das aber nicht. Wie bei ÖVP und SPÖ traut man sich nicht mehr an die Pensionisten heran. Mit dem „Alters-Bonus“ will man sogar noch Geschenke an diejenigen verteilen, die kurz vor der Pension stehen. Damit würde man das System noch weiter in Schieflage bringen. Vielmehr bräuchte es ein höheres gesetzliches Pensionsantrittsalter. Dass eine Beschäftigungspflicht in Österreich nach der Ausbildung an hiesigen Universitäten einen positiven Beitrag zum Fachkräftemangel leisten kann, ist zweifelhaft. Auch wenn die Lehre eine wichtige Säule im Arbeitsmarkt ist, scheint eine staatliche Prämie von 5.000 Euro (plus derselbe Betrag für die Meisterprüfung) ein ungeeignetes Werkzeug, um die Lehre attraktiver zu machen. Auch bei der dringend benötigten Erhöhung qualifizierter Zuwanderung bleibt die FPÖ unkonkret und bietet keine klaren Lösungsansätze an. Es darf bezweifelt werden, dass sie dieses Potenzial für den Arbeitsmarkt überhaupt anzapfen will.

#### **Grüne: Kostenintensiv und nicht arbeitsmarktkonform**

Die Vorschläge der Grünen gehen in eine Richtung, die dem aktuellen Bedarf des österreichischen Arbeitsmarktes widerspricht. Die geplante Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden pro Woche würde den bestehenden Arbeitskräftemangel weiter verschärfen. Die jährliche Valorisierung und Erhöhung des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe auf 70 Prozent führt zu erheblichen Mehrkosten. Auch wenn das Arbeitslosengeld am Anfang einer Arbeitslosigkeit im internationalen Vergleich niedrig ist, kann es in Österreich auf unbestimmte Zeit bezogen werden. Ohne die Einführung eines degressiven Systems hätten Arbeitslose noch weniger Anreiz, schnell wieder eine Stelle anzunehmen. Der Ausbau von Kindergärten, den im Grunde alle Parteien fordern und der dennoch schleppend umgesetzt wird, könnte Frauen den Einstieg in Vollzeit erleichtern, doch bei der Entlastung des Faktors Arbeit bleiben auch die Grünen sehr vage. Als Umwelpartei vielleicht nachvollziehbar, sollen Qualifizierungen besonders in Umweltberufe gefördert werden. Ob es dafür einen Bedarf gibt, bleibt abzuwarten. Positiv ist das Vorhaben, Asylsuchende in die Pflicht zu nehmen, und mit Sprachkursen direkt in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

#### **NEOS: Mehr Netto, aber Teilzeit bleibt attraktiv**

Die NEOS präsentieren einige Maßnahmen, die in die richtige Richtung gehen. Vieles bleibt im kürzesten Programm aller Parteien allerdings unkonkret.

Die Abgaben auf Arbeit sollen gesenkt werden. Netto sollen in Zukunft zehn Prozent mehr vom Brutto bleiben. Das macht Arbeit sicherlich wieder etwas attraktiver und ist wichtig, damit sich die Arbeitnehmer wieder mehr leisten können. Zusätzliche Potenziale werden damit aber nicht gehoben, da Teilzeit weiterhin attraktiver bliebe. Zielführender ist da schon der Vorschlag, das Pensionsantrittsalter (nach oben) zu flexibilisieren. Positive Effekte darf man sich auch von der Idee eines degressiven Arbeitslosengeldes erwarten. Die Vereinfachung des Sozialsystems in Richtung eines einheitlichen sozialen Netzes ist ebenfalls gut. Beides könnte helfen, Arbeitslose schneller und treffsicherer zu qualifizieren und zu vermitteln. Ohne entsprechende Möglichkeiten, die Vermittlung auch überregional zu gestalten, bleiben die Maßnahmen aber unter ihren Möglichkeiten.

## Schwerpunkt 3: Die Schulen müssen noch viel lernen

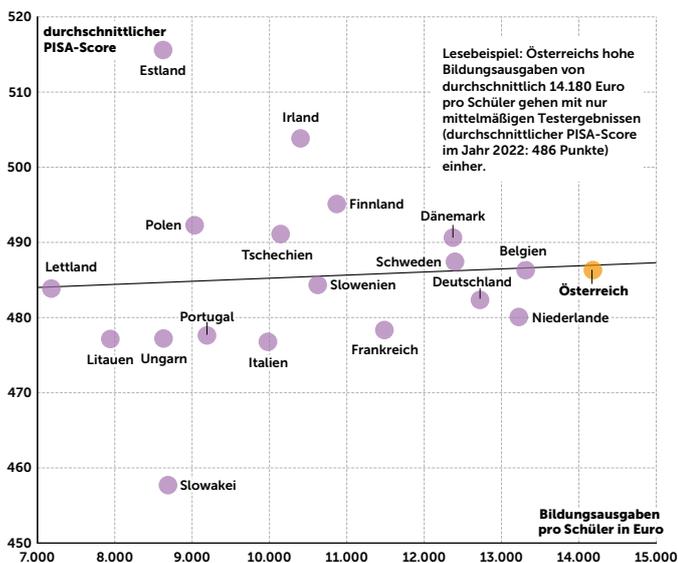


Gute Bildung ist unverzichtbar, um einen funktionierenden Arbeitsmarkt, ein stabiles soziales System und langfristig den Wohlstand einer Gesellschaft zu sichern. Deshalb müssen wir uns vor Augen halten: Fehlende Priorisierung im Bildungssystem hat gravierende Konsequenzen. Das Bildungssystem ist nicht nur für Kinder und Jugendliche da, sondern betrifft uns alle. Österreichs Ausgaben für das Bildungssystem sind zwar bereits sehr hoch (vgl. Abbildung 3); die Ergebnisse sind allerdings eher mittelmäßig.

Abb. 3: Bildungsausgaben

### Hohe Bildungsausgaben bei mäßigem Erfolg

– durchschnittliche PISA-Ergebnisse im Verhältnis zu durchschnittlichen Bildungsausgaben je Schüler



Quelle: Eigene Berechnungen, OECD, PISA, EZB.  
Anmerkung: Durchschnittliche Bildungsausgaben aller Bildungsstufen (exklusive Forschungs- und Entwicklungsausgaben) in Euro zu Preisen von 2021 (kaufkraft- und wechsellkursbereinigt) pro Schüler. Der mittlere PISA-Score 2022 ergibt sich aus den Testergebnissen der drei Teilgebiete (Lesekompetenz, Mathematik, Naturwissenschaft).



Bildung wird hierzulande also noch nicht ausreichend oder nicht effizient genug priorisiert. Schüler mit Migrationshintergrund oder aus sozioökonomisch benachteiligten Familien schneiden deutlich schlechter ab als andere. Die Ergebnisse werden kaum evaluiert, geschweige denn einheitlich aufgearbeitet. Das führt dazu, dass eine transparente Datenbasis fehlt, um gezielt Maßnahmen zu setzen. Das Ausbildungs- und Lehrplansystem hat mittlerweile Denkmalschutzcharakter. Soziale Komponenten sowie 21st-Century Skills wie Finanzbildung oder ein bewusster Technologieumgang fehlen oft völlig. Eine grundlegende Reformierung des Schulsystems ist praktisch unumgänglich. Das ist den Parteien zwar bewusst, nach konkreten Vorschlägen muss man in den Wahlprogrammen aber suchen. Wir helfen dabei:

### ÖVP: Viele Ideen aber keine konkreten Pläne

Die ÖVP spricht zwar sehr prominent vom „Bildungsland Österreich“, handelt das Kapitel Bildung aber fast schon nebensächlich als Unterpunkt im Themenblock Familie ab. Und das, obwohl die Wurzeln im ÖVP-Programm keinesfalls in der Kürze liegt.

Es ist gutzuheißen, dass es eine Sprachstandardfeststellung schon vor Eintritt in die Schullaufbahn geben soll. Da die Eltern-Kind-Pass-Untersuchungen ohnehin ausgebaut werden sollen, könnte man das direkt integrieren. Sind die Deutschkenntnisse nicht ausreichend, soll es eine verpflichtende Vorschule zur Sprachförderung geben. Damit Eltern auch tatsächlich einen Anreiz haben, dabei mitzuwirken, sollte die Familienbeihilfe an den Spracherwerb der Kinder geknüpft werden. Die ÖVP sieht – wie auch viele andere Parteien – die Notwendigkeit des Ausbaus der frühkindlichen Bildung. Allerdings fehlen konkrete Vorschläge, wie das umgesetzt werden soll. Damit die großen Zukunftsthemen (Finanzbildung, Problemlösungskompetenz und Digitalisierung) ausreichend Platz im Unterricht finden, will die ÖVP dafür sorgen, dass die Lehrpläne grundlegend überarbeitet werden. Konkrete Überlegungen, wie das passieren soll, sucht man hier jedoch wieder vergeblich.

### **SPÖ: Zu späte Sprachförderung gefährdet Chancengleichheit**

Die SPÖ sieht Bildung vor allem als Gerechtigkeitsfrage und widmet dem Thema ein eigenes Kapitel. Gleiche Chancen sollen durch ein Recht auf einen qualitativen, ganztägigen, ganzjährigen und kostenlosen Platz in einer Elementarbildungseinrichtung ab dem ersten Lebensjahr sichergestellt werden. Weiters sieht auch die SPÖ den Spracherwerb als wichtigen Punkt, weshalb jedes Kind in der Schule Deutsch lernen soll. Das dürfte nur leider zu spät sein. Grundlegende Sprachkompetenzen müssen beim Schuleintritt bereits sichergestellt sein, damit von Anfang an alle Kinder dem Unterricht folgen können. Ein weiterer Punkt, der einen prominenten Platz im Wahlprogramm einnimmt, ist die Lehre. Die SPÖ will für alle Volljährigen (warum nur für die?), die sich für eine Lehre entscheiden, eine Förderung auszahlen. Doch selbst wenn das Junge vermehrt zu einer Lehre bewegen würde, ist der SPÖ von einer solchen Gießkannenaktion schon in Anbetracht des ohnehin hohen staatlichen Defizits abzuraten. Mit einer stumpfen Geldzahlung gewinnen Lehrberufe wohl kaum nachhaltig an Attraktivität.

### **FPÖ: „Entideologisierte“ Leistungsschule – unrealistisch und unkonkret**

Die FPÖ hebt sich, wie in so vielen Bereichen, auch beim Thema Bildung etwas ab. Zwar sind sich die Parteien weitgehend einig, dass Bildungsinstitutionen größere Autonomie erhalten sollen. Die FPÖ geht allerdings so weit, dass sie eine Bildungs- statt einer Schulpflicht fordert.

Was das genau bedeutet und wie das Schulsystem dann konkret aussehen könnte, erschließt sich aus dem Parteiprogramm aber nicht. Wie eine Rückkehr zu einer „entideologisierten Leistungsschule“ aussehen könnte, bedarf wohl einiger Fantasie. Jegliche kulturelle und soziale Vielfalt zu verdrängen, dürfte jedenfalls kaum sinnvoll sein. Stattdessen wäre es an der Zeit, im Zuge eines verpflichtenden Ethikunterrichts bewusst über verschiedene Kulturen, Traditionen und Religionen zu informieren und damit wesentlich zur fundierten Meinungsbildung der Schüler beizutragen.

### **Grüne: Viele gute Ideen mit niedriger Priorität**

Für die Grünen spielt Bildung scheinbar eine untergeordnete Rolle, denn das Thema kommt im Wahlprogramm kaum vor. Ähnlich wie andere Parteien, wollen auch sie den Schulen mehr autonome Entscheidungsmacht geben, um den individuellen Bedürfnissen der Schüler gerecht zu werden. Ob sie bei der Idee eines Index, mit dem die verfügbaren Ressourcen bedarfsorientiert verteilt werden sollen, vom dritten Band unserer Plan-A-Reihe inspiriert wurden, bleibt offen. Es ist aber eine gute und vor allem auch realistische Überlegung. Ebenso wie ein Finanzierungsfonds für Schulveranstaltungen an benachteiligten Standorten. Außerdem fordern die Grünen eine gemeinsame Schule für alle zwischen sechs und 14 Jahren, was helfen soll, das volle Potenzial der Kinder auszuschöpfen. Zudem sollen bürokratische Verpflichtungen für Lehrkräfte abgebaut werden. Es wird außerdem vorgeschlagen, die klassischen Schulnoten durch ein Stärkenportfolio zu ergänzen. Wie diese Form der „alternativen Leistungsbeurteilung“ im Erwerbsleben weiterhelfen soll, bleibt offen.

### **NEOS: Chancenindex für gezielte Ressourcennutzung**

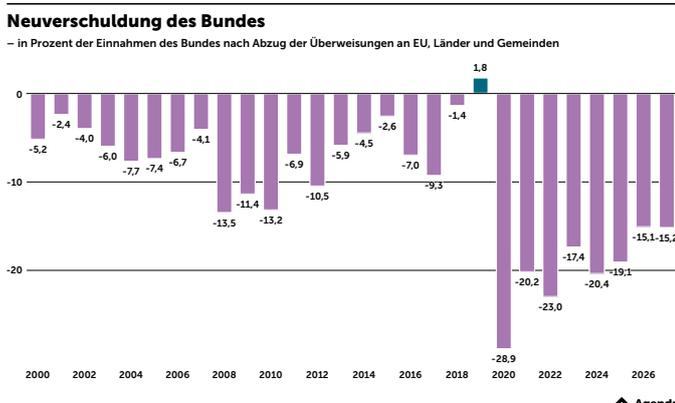
Die NEOS widmen dem Thema Bildung ein eigenes Kapitel. Sie erkennen den Wert frühkindlicher Bildung und fordern einen Rechtsanspruch auf qualitativvolle Betreuung vom ersten Geburtstag an. Bereits ab dem Kindergarten soll künftig allen Familien die Möglichkeit einer ganztägigen Betreuung inklusive Mittagessen geboten werden. Auch sie schlagen einen bundesweiten Chancenindex vor, um die Ressourcen gezielt und bedarfsorientiert aufzuteilen. Der Schulunterricht soll künftig nicht mehr in starren 50-minütigen Einheiten erfolgen, sondern in Tagesschwerpunkten und Lebensbereichen aufgehen, wobei der Vorschlag sehr schwammig bleibt. Ein gemeinsamer Werteunterricht erscheint dabei durchaus sinnvoll. Die angedachten 20.000 zusätzlichen Lehrkräfte, von denen im Programm die Rede ist, erscheinen hingegen etwas überambitioniert. Obwohl mit an konkreten Zahlen festgemachten Vorschlägen im Wahlprogramm kräftig gespart wird, halten die NEOS eine Finanzierung mit zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für notwendig, um Österreichs Hochschullandschaft zur internationalen Spitze zu führen.

## Schwerpunkt 4: Eine Ausgabenschranke für den Staatshaushalt



Die Regierung hat den Staatshaushalt schon immer stiefmütterlich behandelt. Gemäß dem nicht direkt für neoliberal geltenden Ökonomen John Maynard Keynes sollte der Staat sich in der Krise verschulden, um die Wirtschaft und Einkommen zu stabilisieren. In wirtschaftlich guten Jahren soll der Staat diese Defizite wieder abbauen und so Spielraum für kommende Krisen schaffen. Nach dieser Logik lagen in den vergangenen 50 Jahren 49 Krisenjahre. Ein einziger Überschuss ist der Republik geglückt (vgl. Abbildung 4). Man munkelt, dass es keine Absicht war.

Abb. 4: Neuverschuldung



Quelle: Eigene Berechnungen, BMF, OeNB.  
Anmerkung: Nettofinanzierungsbedarf dividiert durch die Einnahmen des jeweiligen Jahres.

Doch selbst bei der wenig ambitionierten Historie fällt das aktuelle Budget noch einmal negativ auf. In jedem der vergangenen vier Jahre wurden mehr neue Schulden gemacht als in der Finanzkrise. Und auch im aktuellen Jahr sieht es noch einmal düsterer aus. So lag

das Defizit des Bundes im ersten Halbjahr höher als zu Zeiten der Pandemie. Das alles spielt sich in einem Umfeld ab, in dem die Staatsverschuldung Österreichs ohnehin schon über der Maastricht-Obergrenze von 60 Prozent des BIPs liegt. Und auch bei den Einnahmen gibt es im Hochsteuerland Österreich wenig Spielraum nach oben. Statt neuer Steuern bräuchte es dringend Entlastung, insbesondere bei den Abgaben auf Arbeit.

Wie will die nächste Regierung ein Vertragsverletzungsverfahren noch verhindern? Was die Parteien sich dazu überlegt haben, bewerten wir hier:

### ÖVP: Ambitionierte Budget-Ziele, doch es mangelt an Glaubwürdigkeit

Die ÖVP beginnt das Budgetkapitel recht vielversprechend. Man will den Haushalt ausgleichen, die Schuldenquote reduzieren und sogar entlasten. Blöd nur, dass sie das auch schon im Regierungsprogramm mit den Grünen festgehalten hatte und daran scheiterte. Glaubwürdiger werden die Ziele auch nicht durch die Tatsache, dass sie seit geraumer Zeit den Finanzminister stellt und somit maßgeblich an der Zielverfehlung beteiligt war.

Dennoch muss man lobenswert festhalten, dass das Programm am ausführlichsten die Vorhaben beschreibt und sich nicht nur hinter Floskeln „Leistung muss sich lohnen“ versteckt (auch wenn unter den 154-mal „Leistung“ im Wahlprogramm schon die eine oder andere Floskel zu finden ist). Zu den konkreten Maßnahmen bietet die Partei sogar ein Zahlenwerk. Und – wie der Zufall so will – ist die Gegenfinanzierung sogar höher als die angeführten Ausgaben. Dass die Gegenfinanzierung dann tatsächlich so hält wie angeführt, darf zumindest kritisch hinterfragt werden. Problematischer ist allerdings, dass die Rechnung auf eine grüne Wiese gestellt wurde. Entlastungsvorhaben von rund 12 Milliarden Euro steht eine Gegenfinanzierung von 14 Milliarden Euro gegenüber. Wie damit das aktuelle Defizit reduziert und die Liste an zusätzlichen Ausgaben, die ebenfalls im Programm stehen, finanziert werden sollen, bleibt man dem Leser schuldig.

Die ÖVP spricht viele wichtige Vorhaben an; die konkreten Maßnahmen sind aber nicht immer die beste Wahl. Statt sich an einem Vollzeitbonus zu probieren, sollte man lieber die Progression im Steuersystem reduzieren; am besten mit einer Flat Tax, wie von uns im Plan A vorgeschlagen. Die vorgeschlagene Senkung des Einkangsteuersatzes würde dagegen die Teilzeit weiter

fördern. Auch mit dem Vorhaben, die Lohnnebenkosten zu senken, ist die ÖVP am richtigen Weg. Hier dürfte sie durchaus ambitionierter sein. Und damit sie das in einer Regierung auch tatsächlich umsetzen kann, wird sie an die Ausgaben herangehen müssen.

### **SPÖ: Dauerhafte Spitzensteuer: Symbolisch, aber fiskalisch unwichtig**

Bei der SPÖ bleibt die Senkung der Abgaben auf Arbeit eher theoretisch. Und gilt natürlich nicht für jene, die aus ihrer Sicht zu viel verdienen. Überhaupt ist das Budgetkapitel recht klassenkämpferisch geraten; und das, obwohl eine der Überschriften im Programm „Zusammenhalt statt spalten“ lautet.

So soll der temporäre Spitzensteuersatz von 55 Prozent zu dem werden, was er schon immer klar war: Eine dauerhafte Steuererhöhung. Nun spielt dieser Steuersatz natürlich fiskalisch keine Rolle; die Einnahmen daraus sind eher homöopathischer Natur. Gefallen dürfte das dem sozialdemokratischen Kernklientel aber allemal. Die vielen zusätzlichen Ausgabenwünsche sollen über neue Steuern finanziert werden: Vermögenssteuern, Erbschafts- und Schenkungssteuern, sowie eine Übergewinn-, Finanztransaktions- und Digitalsteuer. Die Rücknahme der Senkung der Körperschaftsteuer der amtierenden Regierung kommt noch dazu. Gespart werden soll übrigens in der Verwaltung. Wir wünschen dabei eine glückliche Hand. Denn trotz der Vielzahl an neuen Steuern werden die gewünschten Mehrausgaben ohne weitere Einsparungen an anderer Stelle nicht zu finanzieren sein.

### **FPÖ: Entlastung ohne Plan – Gefahr eines neuen Finanzlochs**

Das Programm der FPÖ enthält kaum Hinweise auf eine dringend notwendige Konsolidierung der öffentlichen Finanzen. Während die Ablehnung neuer Steuern, wie der Erbschafts-, Schenkungs- und Vermögenssteuer, sowie die Entlastung des Faktors Arbeit zu begrüßen sind, fehlt es im Programm an den entsprechenden Gegenfinanzierungsmaßnahmen. Besonders kritisch ist dabei, dass es keine Vorschläge zur langfristigen Sicherung des Staatshaushalts gibt. Anders als im vorherigen Programm fehlt es auch an einer Pensionsreform. Beugen sich die unerschrockenen Rechtspopulisten etwa der Macht der Gerontokratie? Auch unterschiedliche Körperschaftsteuersätze nach Unternehmensgröße sind ökonomisch fragwürdig. MöSt- und USt-Senkung adressieren wiederum nicht die eigentlichen Herausforderungen im Land. Ohne konkrete Gegenmaßnah-

men droht die FPÖ, ein weiteres Finanzloch zu schaffen, statt einen nachhaltigen Weg zur Entlastung und Stabilisierung der öffentlichen Finanzen aufzuzeigen.

### **Grüne: Klimaschutz und Soziales – Ausgaben ohne klare Gegenfinanzierung**

Die Grünen schlagen eine Reihe von Entlastungsmaßnahmen vor. Doch was im Programm insgesamt fehlt, ist ein glaubwürdiger Plan, wie die Ausgabendynamik gebremst werden soll. Denn vielen zusätzlichen Ausgaben im Klima- und Sozialbereich stehen unzureichende Finanzierungsvorschläge gegenüber.

Da wäre zunächst die Senkung der Lohnnebenkosten und die Entlastung der Arbeit, die grundsätzlich in die richtige Richtung gehen. Allerdings würden viele der geplanten Maßnahmen das Budget belasten, etwa der Familienbonus unabhängig vom Einkommen oder die Erhöhung und Valorisierung des Arbeitslosengeldes. Auch das vorgeschlagene Pensionsmodell dürfte das System finanziell nicht entlasten. Zur Gegenfinanzierung setzen die Grünen auf populistische Maßnahmen wie die Erbschaftssteuer, Grunderwerbsteuer oder eine Luxus-CO<sub>2</sub>-Steuer, die jedoch nur begrenzt zur Konsolidierung beitragen können. Positive Ansätze finden sich beim Vorschlag zur Steuerautonomie, der zu mehr Effizienz und Transparenz beim Finanzausgleich führen könnte.

### **NEOS: Schuldenbremse sinnvoll, aber Pensionsreform zu vage**

Die NEOS sprechen viele wichtige Punkte bei der Budgetkonsolidierung an. Insgesamt bietet das Programm gute Ansätze, bleibt jedoch in der Kürze zu unkonkret.

Besonders die Schuldenbremse inklusive einer Ausgabenbremse im Verfassungsrang über den gesamten Konjunkturzyklus ist eine Maßnahme, die tatsächlich nachhaltige Entlastung schaffen könnte. Die Fokussierung auf zukunftsorientierte Ausgaben – mit mindestens 25 Prozent des Budgets – ist ein positiver Schritt. Auch die Idee, ineffiziente und unnötige Förderungen zu kürzen, ist ein guter Ansatz, der schnell zu spürbaren Einsparungen führen könnte. Hier fehlt jedoch oft Konkretes. Baut man etwa darauf, dass man schon nicht die Regierung wird stellen müssen? Auch bei den NEOS soll es mehr Steuerautonomie für die Bundesländer geben. Die Vorschläge zur Pensionsreform sind zwar richtig, aber auch sie bleiben zu unkonkret.

## Schwerpunkt 5: Wie wir das Sozialsystem finanzierbar halten

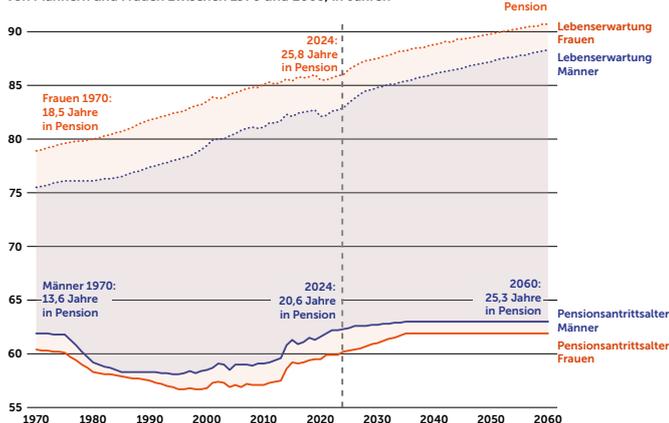


Österreich ist berechtigterweise stolz auf seinen Sozialstaat. Die Ausgaben dafür galoppieren allerdings davon und lassen sich ohne kräftige öffentliche Zuschüsse längst nicht mehr finanzieren. Die Zahl der Älteren wächst; sie verbringen immer mehr Zeit in der Pension (vgl. Abbildung 5).

Abb. 5: Pensionsdauer

### Fast dreißig Jahre in Pension

– Entwicklung des Pensionsantrittsalters und der Lebenserwartung von Männern und Frauen zwischen 1970 und 2060, in Jahren



Quelle: Eigene Berechnungen, Statistik Austria, WIFO.

Anmerkung: Die Lebenserwartung wurde anhand der geschlechtsspezifischen ferneren Lebenserwartung bei Pensionsantritt berechnet. Datengrundlage hierfür bilden die Sterbetafeln der Statistik Austria.



Währenddessen streben die jüngeren, deutlich kleineren Alterskohorten immer höhere Bildungsabschlüsse an und zahlen kürzer ins System ein. Und die Regierungsparteien verstärken diese Dynamik. Es ist durchaus lobenswert, dass alle durch bestmögliche Ausbildung die auf uns zukommende Pflegebelastung bewältigen wollen. Doch ohne strukturelle Reformen ist das schon

rechnerisch schier unmöglich. Dass sich die Wähler über staatliche Geschenke in Form von Absicherungen und kräftigen Förderungen freuen, ist nachvollziehbar. Die Einsicht, dass der Staat aber nur Steuergelder umverteilt und viele der Empfänger gar keine Hilfe der öffentlichen Hand benötigen würden, fehlt aber.

Wir geben einen Überblick, wie die aktuellen Regierungsparteien sich erhoffen, den Sozialstaat langfristig finanzierbar zu halten:

### ÖVP: Pensionsanreize gut, aber konkrete Reformambitionen fehlen

Die ÖVP hätte in ihren 37 Regierungsjahren genug Zeit gehabt, Änderungen im Pensionssystem umzusetzen, bisher fehlt aber von tatsächlichem Reformwillen jede Spur.

Ihrem aktuellen Wahlprogramm zufolge möchte sie die Nachhaltigkeit des Pensionssystems durch Anreize für einen späteren Pensionsantritt und eine Annäherung des faktischen an das gesetzliche Pensionsantrittsalter sichern. Dies würde zwar kurzfristig etwas Budgetspielraum schaffen, das grundlegende Nachhaltigkeitsproblem aber nicht lösen. Das wäre nur durch eine gesetzliche Anpassung möglich. Höhere Zuschläge im oberen Pensionskorridor würden die Einsparungen zusätzlich reduzieren und zu Mehrkosten führen. Immerhin sieht die ÖVP eine Stärkung der dritten Säule durch steuerfreie Auszahlungen vor. Nachgelagerte Besteuerung wäre zwar deutlich besser, doch leider hat die ÖVP selbst die Absetzbarkeit von Sonderausgaben für die private Altersvorsorge abgeschafft. Die angeordnete Reform der Bildungskarenz erscheint sinnvoll, aber mehr ECTS-Punkte oder Präsenzpfllichten werden das zweckentfremdete österreichische Weiterbildungssystem nicht retten. Begrüßenswert sind – auch wenn „gemeinnützige Arbeit“ bei einem Sozialhilfebezug doch etwas populistisch klingt – die Maßnahmen zur Sozialhilfe. Die Rede ist von mehr Sachleistungen, Bekämpfung von Missbrauch und vollen Sozialleistungen erst nach fünf Jahren.

### SPÖ: Realität ausgeblendet – Keine Pensionsreform nötig?

Das Wahlprogramm der SPÖ lebt von inhaltsleeren Zitaten. Gerade beim relevanten Zukunftsthema Pensionen liefern die Sozialdemokraten lediglich eine Aufzählung, was sie alles nicht wollen, benennen aber keine konkreten Reformvorschläge. Realitätsfremd erachten sie das Umlagesystem als krisensicher; 45 aktive Beitragsjahre seien genug. Das Hauptproblem da-

bei ist doch aber, dass die meisten Arbeitnehmer ihre Erwerbskarriere deutlich früher beenden. Mit dem Versprechen, Pensionen nicht zu kürzen und das Antrittsalter nicht zu erhöhen, wird die SPÖ, sollte sie künftig regieren, das System noch weiter in Schieflage bringen. Das Gegenteil wäre richtig: Damit die Rechnung auch in Zukunft aufgeht, müssen wir mehr und länger arbeiten. Auch die Option des Pensionssplittings, das zwar kein strukturelles Problem betrifft, aber sich für die meisten Elternpaare finanziell durchaus lohnt, lehnt die SPÖ klar ab. Was sie dagegen möchte, ist eine sechste Urlaubswoche für alle. Für die Österreicher, die ohnehin schon Urlaubsweltmeister sind! Etwas konkreter sind die Überlegungen auch bei der Verteilung der Asylwerber auf ganz Europa. Das würde eine deutliche Entlastung Österreichs bedeuten. Für alle, die ins Land kommen, soll es ein verpflichtendes Integrationsjahr mit Deutsch- und Wertekursen geben, um sie möglichst schnell in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft zu integrieren. Dem vorgeschlagenen „Familienbonus Plus“, der einkommensunabhängig eine Grundsicherung von mindestens 367 Euro pro Kind vorsieht, mangelt es an jeglicher Treffsicherheit.

#### **FPÖ: Kaum längerfristige Lösungsvorschläge**

Die von der FPÖ vorgeschlagenen Maßnahmen zur langfristigen Sicherung des Pensionssystems bleiben unzureichend. Zwar ist die Steuerbefreiung für Ältere, die über das Pensionsantrittsalter hinaus arbeiten, positiv zu bewerten; die tatsächliche Wirkung auf den Arbeitsmarkt und das Pensionssystem ist aber begrenzt. Der „Alters-Bonus“ und die geplante Abgabenerleichterung für ältere Arbeitnehmer vor dem Pensionsantritt wird das System sogar noch weiter belasten. Die Idee eines gesperrten, steuerfreien Depots und die Stärkung der zweiten und dritten Säule sind begrüßenswert, jedoch mangelt es hier an konkreten Umsetzungsdetails. Um die Pflege älterer Menschen durch Familienangehörige zu erleichtern, wird ein flexibel einsetzbarer Pflegescheck vorgeschlagen. Langfristige Probleme werden aber auch mit diesem, zudem nur unkonkreten Vorschlag nicht angegangen. Einen gewohnt strikten Kurs schlägt die FPÖ bei der Migration vor. Geldleistungen sollen auf österreichische Staatsbürger beschränkt werden; bei Asylwerbern soll auf Sachleistungen umgestellt werden. Das könnte zwar gezielt Kinder unterstützen; es bleibt jedoch offen, wie effektiv und gerecht diese Maßnahmen sein sollen.

#### **Grüne: Keine Lösung für demografische Herausforderungen**

Der dringend notwendige Paradigmenwechsel würde auch unter einer Regierung der Grünen ausbleiben, da die grundlegenden Probleme der steigenden Lebenserwartung und sinkenden Beitragszahler im Modell nicht ausreichend adressiert werden. Das von den Grünen vorgeschlagene Pensionsmodell basiert auf zwei Säulen: Einer Grundpension und einer zusätzlichen Leistung, die auf den während des Arbeitslebens eingezahlten Beiträgen aufbaut. Obwohl die Idee auf den ersten Blick vernünftig klingt, bleibt das Konzept in den Details vage und unterscheidet sich im Endeffekt kaum vom bestehenden System. Es bleibt fraglich, wie dieses Modell das Pensionssystem von den Herausforderungen der demografischen Entwicklung entkoppeln soll.

#### **NEOS: Berücksichtigung der zweiten und dritten Säule**

Die NEOS scheuen zwar ebenfalls vor einer kräftigen Anhebung des Antrittsalters zurück, wollen aber durch eine „Flexipension“ zumindest die demografische Entwicklung im Pensionssystem abbilden. Je nach Antrittsalter und Lebenserwartung soll die Höhe der Pension variieren. Wer früher in Pension geht und laut Prognose länger lebt, muss mit einer niedrigeren Pension rechnen. Zusätzlich wollen sie die zweite Säule – die betriebliche Altersvorsorge – mit einer „Aktienpension“ und die dritte, private Säule, durch ein steuerfreies Vorsorgedepot mit bis zu 3.000 Euro jährlich stärken. Eine solche, breitere Aufstellung des Pensionssystems ist jedenfalls gutzuheißen. Weniger effizient scheint hingegen der Vorschlag, das Pensionssplitting einem Automatismus (mit Opt-out) zu unterlegen. Dabei sollte es gerade kein ungenutzter Ladenhüter mehr sein; Eltern sollten zumindest eine aktive Entscheidung treffen müssen.

## Schwerpunkt 6: Wie wir die Wohnungsnot lösen

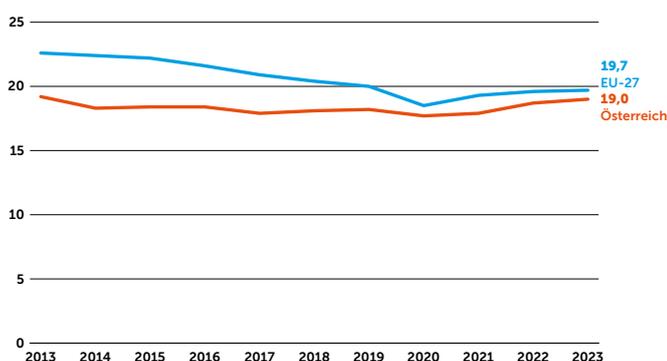


Das Wohnen ist in Österreich vergleichsweise günstig. Im Durchschnitt geben Haushalte in Österreich weniger als 20 Prozent ihres verfügbaren Einkommens dafür aus. Das ist weniger als im EU-Schnitt und auch über die Zeit ziemlich konstant (vgl. Abbildung 6). Wohnungen gibt es in Österreich überhaupt genug. Pro Kopf stehen theoretisch fast 47 Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung. Doch für die Parteien ist das Wohnen dennoch ein gefundenes Fressen. Gerade weil es nur ein Teil der Haushalte in Österreich ist, der tatsächlich Probleme mit den Wohnkosten hat, lassen sich parteiideologische Gerechtigkeitsthemen trefflich inszenieren und Stereotype gegeneinander in Stellung bringen: Städter gegen Landbewohner, Junge gegen Alte, arme Mieter gegen reiche Vermieter, Bioösterreicher gegen Zugewanderte.

Abb. 6: Wohnausgaben

### Entwicklung der Ausgabenbelastung für das Wohnen

– Wohnausgaben relativ zu den äquivalisierten Haushaltseinkommen, in Prozent



Quelle: Eurostat.

Wir spielen das Spiel nicht mit. Aber wir schauen, ob nicht doch ein paar Vorschläge dabei sind, die gutes Wohnen in Österreich sichern:

### ÖVP: Eigentum im Fokus, Mieten bleiben Nebensache

Die ÖVP hat bekanntlich das längste Wahlprogramm von allen vorgelegt. Das Wohnen nimmt darin zwar nur relativ wenig Raum ein, die Richtung ist aber klar. Es wird vor allem in Richtung Eigentum gedacht.

Die ungeliebte KIM-Verordnung soll fallen, damit Kredite wieder leichter zu bekommen sind. Diese Forderung zieht sich durch die meisten Wahlprogramme, doch wie will man das der unabhängigen Finanzmarktaufsicht (FMA) klar machen? Fraglich auch, ob sie mit den vorgeschlagenen Eigenmitteldarlehnen für junge Familien eine Freude hat. Zudem soll es eine Reihe von weiteren Förderungen geben. Zum Beispiel soll der klassische Bausparer aufgemöbelt werden und höhere Prämien und höhere Darlehensgrenzen bieten. Sehr zu begrüßen ist, dass die Grunderwerbsteuer auf Eigenheime und viele weitere Nebenkosten komplett entfallen sollen. Was das Mietsegment angeht, soll vor allem die Wohnbauförderung wieder zweckgewidmet werden; eine sinnvolle Forderung, die man aber auch den ÖVP-Landeshauptleuten in den nächsten Finanzausgleichsverhandlungen wird schmackhaft machen müssen. Auch der Punkt zur „Weiterentwicklung“ des Mietrechts zur Erhöhung der Sanierungsquote und zur gerechten Aufteilung der Kosten zwischen Mietern und Vermietern hätte noch ein paar Details vertragen. Wieder in Richtung Eigentum geht der Punkt der verpflichtenden Kaufoption bei gemeinnützigen Wohnungen.

### SPÖ: Mietpreisdeckel bis 2026: Investitionen unerwünscht?

Auch bei der SPÖ ist die Marschroute völlig klar: Wohnen bedeutet Miete. Am besten im Gemeindebau. Herz und Hirn? Nun ja, viel Herz für Investoren und Vermieter lässt das Programm nicht erkennen. Das mit dem Hirn lassen wir lieber.

Die Fokussierung der SPÖ auf den gemeinnützigen Wohnungsbau ist wenig überraschend; die Wiedereinführung der Zweckbindung der Wohnbauförderung ist auch nicht grundsätzlich verkehrt. Die Reservierung von Bauflächen für den gemeinnützigen Wohnungsbau könnte sich aber als Hemmschuh für Investitionen erweisen. Aber private Investitionen sind offensichtlich

auch nicht erwünscht. Denn restlos alle Mieterhöhungen sollen bis 2026 ausgesetzt werden; danach sollen sie mit maximal zwei Prozent pro Jahr steigen. Was das mit dem Inflationsziel der EZB zu tun hat, bleibt vollkommen offen. Häuslbauer – ja, offenbar ist Eigentum bis auf Weiteres erlaubt – sollen von einem Zinsdeckel von drei Prozent profitieren, der aus den Übergewinnen der Banken finanziert werden soll. Übergewinne dürften sich bei Refinanzierungszinssätzen von fast vier Prozent aber in sehr engen Grenzen halten. Wer es mit dem Wohnungseigentum übertreibt, zahlt Millionärssteuer. Da trifft Sie der Schlag? Super, Ihre Nachkommen zahlen dann Erbschaftssteuer.

### **FPÖ: Autochthone Bevölkerung im Fokus, absurde Zinsen-Pläne**

Bei der FPÖ klingt Wohnungspolitik erwartungsgemäß ein bisschen nach Blut und Boden. Sie träumt ganz ausdrücklich von einer Besserstellung der autochthonen Bevölkerung gegenüber der gesichtslosen Masse an Zuwanderern, die zur „Überfüllung unserer Heimat“ beitragen.

Der Zugang zu Gemeindewohnungen soll künftig primär österreichischen Haushalten gewährt werden. Geförderte „Starterwohnungen“ soll es für junge, kinderreiche Familien geben. Zum Wohneigentum bekennt sich die FPÖ durchaus. Zwar sollen Anlegerwohnungen verboten und Umwidmungsgewinne konsequent abgeschöpft werden. Doch Erbschaftssteuern und Leerstandsabgaben wird eine klare Absage erteilt. Investitionen in das Eigenheim sollen steuerlich begünstigt werden. Die KIM-Verordnung soll abgeschafft werden. Ein paar Punkte nehmen sich jedoch leicht merkwürdig aus: Die Banken sollen zum Beispiel zu niedrigen Kreditzinsen „gezwungen“ werden. Damit die Menschen genug sparen können, um sich Eigentum leisten zu können, soll die Kapitalertragsteuer auf Sparbuchzinsen ausgesetzt werden, solange die Inflation höher ist als die Sparzinsen. Das ist fast schon witzig: Negative Realzinsen sind nämlich schon lange eher die Regel als die Ausnahme.

### **Grüne: Umweltaspekte sinnvoll, aber Umsetzung unklar**

Bei den Grünen wird das Wohnen unter Umwelt- und Klimaaspekten diskutiert. Das ist natürlich grundsätzlich sinnvoll, weil sich das Wohnen perspektivisch vor allem für jene verteuern wird, die in schlecht isolierten Wohnungen mit nicht zeitgemäßen Heizungen leben. Auch der Flächenverbrauch ist ein Thema.

Doch das Programm ist reichlich dirigistisch geraten. Klare Regeln gegen „das alte Denken“ sind vorgesehen, die vor allem Heizungsanlagen und weitere Vorgaben für Vermieter betreffen. Gegen den Flächenfraß sollen Renaturierungen und Nachverdichtung helfen; das ist sicher sinnvoll, doch es fehlen Angaben, wie das umgesetzt werden soll. Es folgt ein Bekenntnis zum gemeinnützigen Wohnbau; die Wohnbauförderung soll wieder zweckgebunden erfolgen. Das Eigenheim wird dagegen eher skeptisch beäugt. Dazu passend fordern die Grünen eine Leerstandsabgabe, ein teilweises Befristungsverbot und ein Airbnb-Verbot. Nonchalant fordern sie sogar eine offenbar nach ökologischen Kriterien zu differenzierende Mietobergrenze. Wie das zum gleichzeitig vorgeschlagenen Gesetz gegen Mietwucher passen soll – das immerhin einem Vergleichsmietensystem ähnelt, das unbestritten viele Vorteile hätte; deshalb schlagen wir es in unserem [Plan A](#) selbst vor –, wird aber nicht ganz klar.

### **NEOS: Einkommensabhängige Mieten – Sinnvoller Ansatz im sozialen Wohnbau**

Bei den NEOS nimmt das Wohnen nur einen relativ kleinen Teil des Wahlprogramms ein. Dass der gemeinnützige Wohnbau derzeit nicht tut, was er soll, haben sie erkannt. Sie bezeichnen den österreichischen Wohnungsmarkt als das, was er ist: Ein Glücksspiel.

Daher schlagen sie einkommensabhängige Mieten im sozialen Wohnbau vor. Eine sinnvolle Maßnahme, die auch wir in unserem [Plan A](#) vorsehen; genau wie Mietkaufmodelle. Die Entrümpelungspartei NEOS, die zum Beispiel die Gewerbeordnung komplett neu schreiben will, schlägt weiter vor, die Bauordnungen und das Mietrechtsgesetz zu entschlacken, um die Baukosten zu senken. Das soll auch den Eigentumserwerb erleichtern. Junge Familien sollen dafür zudem gezielte Förderungen erhalten und von der Grunderwerbsteuer ausgenommen werden. Auch ökologischen Kriterien wird im Programm Rechnung getragen.

## Quellen

- Die Grünen (2024).** Nationalratswahlprogramm 2024 – WÄHL, ALS GÄB'S EIN MORGEN. Online verfügbar unter: <https://gruene.at/nrwprogramm24/>.
- FPÖ (2024).** Festung Österreich. Festung der Freiheit. Wahlprogramm für die Nationalratswahl 2024. Online verfügbar unter: <https://www.fpoe.at/wahlprogramm-nrw-2024/>.
- NEOS (2024).** Reformen für dein neues Österreich. Manifest für die Nationalratswahl 2024. Online verfügbar unter: [https://www.neos.eu/Resources/Persistent/2e07290a086b7a56de6086abf83a3fc1a28685fc/NEOS\\_REFORMEN%20FUER%20DEIN%20NEUES%20OESTERREICH.pdf](https://www.neos.eu/Resources/Persistent/2e07290a086b7a56de6086abf83a3fc1a28685fc/NEOS_REFORMEN%20FUER%20DEIN%20NEUES%20OESTERREICH.pdf).
- ÖVP (2024).** Der Österreichplan. Das Programm. Online verfügbar unter: <https://www.karl-nehammer.at/das-programm>.
- SPÖ (2024).** Unser Plan für dein besseres Österreich. Online verfügbar unter: <https://www.spoe.at/wahlprogramm2024/>.

**Eine wissenschaftliche Publikation  
der Agenda Austria**

**Herausgeber**

Dr. Franz Schellhorn

**Autoren**

Dr. Jan Kluge

Dr. Dénes Kucsera

Mag. Hanno Lorenz

Carmen Tremel, MSc.

**Infografiken**

Ksenia Pogorelova, MA

**Agenda Austria**

Türkenstraße 25/1/10

1090 Wien

Österreich

T +43 1 361 99 61-0

office@agenda-austria.at